

Antragsübersicht zum Kleinen Parteitag 2017

Antragsnr.	Antragsteller*in	Titel
A1	Landesvorstand, u.a.	Für eine humane Flüchtlingspolitik - Abschiebungen nach Afghanistan umgehend stoppen
A2	Landesvorstand	Innerparteiliche Inklusion leben - Maßnahmenplan umsetzen
A3	Landesvorstand, u.a.	Agrarwende jetzt – Für eine giftfreie Landwirtschaft in Bayern
A4	Landesvorstand, u.a.	Because it's 2017! Grüner Feminismus ist umfassend und notwendiger denn je
A5	LAG Säkulare	Finanzierung der Kirchen durch den Staat beenden!
A6	Uwe Kekeritz (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim)	CETA im Bundesrat ablehnen – für fairen Handel eintreten
A7	Bezirksverband Schwaben	„Wer B sagt muss auch C sagen“: Beide Blöcke des AKW Gundremmingen müssen unverzüglich vom Netz!
A8	Markus Ganserer (KV Nürnberg)	Geld für die Schiene in ganz Bayern investieren und Münchner S-Bahn für 10-Minuten-Takt ausbauen statt Milliardengrab zweiter Tunnel
A9	Kreisverband Forchheim	Keine Kooperationen mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)
A10	Barbara Lochbihler (KV Ostallgäu)	„Ja zu Europa - Mut zu Veränderung“ - auch in Bayern!
A11	LAG Hochschule - Forschung - Technologie	Bildungshürden abbauen – keine Gebühren für staatliche Fortbildung und Studium
TO1	Landesvorstand	Vorschlag zur Tagesordnung

A1 Für eine humane Flüchtlingspolitik - Abschiebungen nach Afghanistan umgehend stoppen

Antragsteller*in: Landesvorstand, Christine Kamm (KV Augsburg-Stadt)

Antragstext

- 1 Wir bayerischen Grüne stehen für eine rechtsstaatlich faire und humanitär
2 verantwortliche Flüchtlingspolitik. Wir kritisieren, dass sich die bisherige
3 Abschiebep Praxis in Bayern insb. nach Afghanistan durch Härte und politische
4 Inszenierung statt durch Humanität und Differenziertheit auszeichnet.
- 5 Begleitet von bundesweiten Protesten hat die Bundesregierung im Dezember 2016
6 begonnen, Menschen nach Afghanistan abzuschicken. Die CSU-Staatsregierung
7 beteiligt sich an vorderster Stelle an den Sammelabschiebungen. Bei den
8 bisherigen drei Sammelabschiebungen kamen 23 der insgesamt 77 abgeschobenen
9 Afghanen aus Bayern. Ohne die Unterstützung durch Kirchengemeinden in
10 Kirchenasyl wären es weit mehr Flüchtlinge aus Bayern gewesen.
- 11 Wir kritisieren es aufs Schärfste, dass Menschen, die seit Jahren hier lebend,
12 gut integriert sind und für ihren eigenen Lebensunterhalt sorgen, aber auch
13 junge Flüchtlinge, die als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu uns kamen,
14 abgeschoben werden, in ein Land, das nicht sicher ist. Afghanistan ist kein
15 sicheres Land- für Niemanden und verfügt auch nicht über einzelne sichere
16 Regionen. Abschiebungen nach Afghanistan sind inhuman und unverantwortlich. Eine
17 solche Politik auf dem Rücken von Schutzsuchenden ist ein perfides Symbol, das
18 Menschenrechte und die Werte unseres Grundgesetzes mit Füßen tritt und rechte
19 Ressentiments bedient.
- 20 Wer nach Afghanistan abschiebt, gefährdet Leib und Leben der Betroffenen.
- 21 Für eine humane Flüchtlingspolitik müssen deshalb folgende Punkte dringend
22 verändert werden:
- 23 **Bundesregierung muss Sicherheitslage neu, seriös und realistisch bewerten**
- 24 Trotz der Tatsache, dass in Afghanistan Krieg herrscht, dass monatlich viele
25 Zivilist*innen sterben und dass sich die Situation in der vergangenen Zeit im
26 ganzen Land dramatisch verschlechtert hat, verweist die Bundesregierung auf
27 vermeintlich „sichere“ Gebiete in Afghanistan und auf angebliche
28 „innerstaatliche Fluchialternativen“. Eine Stellungnahme des UNHCR zur Situation
29 in Afghanistan vom Dezember 2016 stellt jedoch klar, dass das gesamte
30 Staatsgebiet Afghanistans von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt
31 erschüttert ist und keine sicheren Gebiete innerhalb des Landes ausgemacht
32 werden können.
- 33 Wir fordern den Bundesaußenminister daher auf, umgehend die längst überfällige
34 Neubewertung der Sicherheitslage in Afghanistan vorzunehmen und so die
35 Voraussetzungen für ein Ende der derzeitigen inhumanen Abschiebep Praxis zu
36 schaffen. Bei der Überprüfung müssen die Erkenntnisse des UNHCR und der vor Ort
37 tätigen Hilfsorganisationen wie dem Roten Kreuz Berücksichtigung finden. Die
38 Bundesregierung steht in der Pflicht, gerade bei so instabilen Staaten wie
39 Afghanistan die Sicherheitslage kontinuierlich und gewissenhaft zu überprüfen.

40 Wir begrüßen es, dass Grüne in den Landesregierungen schriftlich das Auswärtige
41 Amt dazu aufgefordert haben, seine Sicherheitseinschätzung zu Afghanistan zu
42 korrigieren. Mehr als zynisch ist es, wenn der Bundesinnenminister meint, die
43 Anschläge in Afghanistan zielten nur auf Staatseinrichtungen und nicht auf die
44 Zivilbevölkerung. Bei den Anschlägen auf Gerichte, Krankenhäuser,
45 Bildungseinrichtungen, Rotes Kreuz und auch Polizeidienststellen ist die
46 Zivilbevölkerung das erste Opfer. 12.500 zivile Opfer gab es allein im letzten
47 Jahr. Das Rote Kreuz verlor kürzlich bei einem Anschlag sechs Mitarbeiter und
48 hat seither seine Arbeit in Afghanistan ausgesetzt.

49 Die falsche Lagebeurteilung führt nicht nur zu vielen Ablehnungen beim BAMF, die
50 falsche Lagebeurteilung führt zu verhängnisvollen Abschiebeentscheidungen der
51 Innenminister der Länder. Über 24.000 afghanische Asylsuchende allein hier in
52 Bayern haben derzeit größte Sorge, dass ihre Asylgründe nicht anerkannt werden.
53 Die Angst vor Abschiebung in eine extrem unsichere Zukunft ist unter den
54 Afghanen sehr groß.

55 Während früher die Anerkennungsquote afghanischer Geflüchteter um die 70% lagen,
56 waren sie im Januar nur noch bei ca. 45%, davon 17% allein subsidiär. Die
57 Vorgaben des Bundes wirken sich bereits aus. Wir brauchen dringend eine
58 Neubewertung der Sicherheitslage durch das Außenministerium.

59 **Keine Kopplung Rücknahmeabkommen gegen Finanzhilfen**

60 Über 12 Jahre lang hat es aus gutem Grund einen Abschiebestopp nach Afghanistan
61 gegeben. Es ist klare Grüne Position, diesen wieder in Kraft zu setzen. Erst ein
62 Rückübernahmeabkommen der Bundesregierung mit der afghanischen Regierung war
63 Grundlage dafür, Geflüchtete wieder nach Afghanistan abzuschicken.

64 Für uns bayerische GRÜNE sind solche Rückübernahmeabkommen, die die
65 Rückübernahme von Staatsbürgern zur Voraussetzung einer entwicklungspolitischen
66 Zusammenarbeit machen, ein Tabubruch. Diese Kopplung von
67 Entwicklungszusammenarbeit und Rückkehrabkommen diskreditiert die
68 Entwicklungszusammenarbeit, entzieht ihr ihre Glaubwürdigkeit und ist der Anfang
69 vom Ende einer menschenrechtsbasierten Asyl- und Flüchtlingspolitik

70 **Bayern muss humanitären Handlungsspielraum nutzen und Abschiebungen aussetzen**

71 Wir fordern die bayerische Staatsregierung auf, ihre humanitären
72 Handlungsspielräume beim Vollzug der Abschiebeentscheidungen konsequent zu
73 nutzen. Bayern muss dem Beispiel einzelner Bundesländer wie Schleswig-Holstein
74 folgen und einen Abschiebestopp bis zu drei Monaten erlassen.

75 Kirchen, Wirtschaft und die vielen Menschen, die sich in Helferkreisen für die
76 Flüchtlinge in Bayern engagieren stehen auf unserer Seite - für eine humane
77 Flüchtlingspolitik und eine verantwortungsvolle Integration aller
78 Schutzsuchender:

79 Die Landesbischöfe der beiden großen christlichen Kirchen, Heinrich Bedford-
80 Strohm und Reinhard Marx, sprechen sich klar gegen Abschiebungen nach
81 Afghanistan aus. Das begrüßen wir nachdrücklich.

82 Über 1.000 Menschen nahmen an einer bayernweiten Sternfahrt von
83 Flüchtlingshelferkreisen teil und demonstrierten gegen die inhumane Asylpolitik
84 der CSU-Staatsregierung und gegen ihre Abschiebepaxis nach Afghanistan. Diese
85 Bürgerinnen und Bürger zeigen auf großartige Weise Menschlichkeit und engagieren
86 sich, um Integration zu ermöglichen. Doch die Staatsregierung blockiert die

87 Unterstützung von Integration, wo sie nur kann. Sie tritt alle
88 Integrationsbemühungen der Geflüchteten, der Ehrenamtlichen und der Wirtschaft
89 mit Füßen.

90 **Drohbrief des Sozialministeriums muss umgehend zurückgenommen werden**

91 Nicht hinnehmbar ist es, wenn das bayerische Sozialministerium in einem
92 Schreiben an die Träger der Asylsozialberatung diesen einen Maulkorb in der
93 Beratungsarbeit verpasst und mit der Kürzung von Fördermitteln droht, sollten
94 diese die von Abschiebung Betroffenen weiter über Bleibemöglichkeiten und
95 weitere Rechtsmittel gegen die drohende Abschiebung informieren. Die
96 Einrichtungen haben sogar die Pflicht, Betroffenen umfassende Hilfestellung zu
97 geben. Wir bayerische Grüne fordern die sofortige Rücknahme dieses Schreibens.

98 **Integrationsleistung anerkennen**

99 Es ist wirtschaftsfeindlich, Flüchtlinge, die sich gut integriert haben,
100 abzuschicken. Viele bayerische Unternehmen bilden Flüchtlinge aus oder stellen
101 sie als Fachkräfte an. Arbeit und Ausbildung eröffnet den Flüchtlingen
102 Perspektiven. Die Ausbildungsgarantie im neuen Bundesintegrationsgesetz (3+2-
103 Modell) hatte zum Ziel, Flüchtlingen und ausbildungswilligen Betrieben die
104 nötige Rechts- und Planungssicherheit zu geben. Diese Regelung wird von der CSU-
105 Regierung in Bayern systematisch unterlaufen. Das ist nicht hinnehmbar und
106 erschüttert das Vertrauen in Zusagen auf Bleibeperspektiven für Geduldete. Wir
107 fordern von der CSU-Staatsregierung, die Ausbildungsgarantie endlich auch in
108 Bayern rechtskonform anzuwenden. Ein Drittel der Auszubildenden mit
109 Fluchthintergrund und viele Geflüchtete mit einer Ausbildungszusage sind aus
110 Afghanistan.

111 Flüchtlinge, die seit Jahren hier leben, hier arbeiten und gut integriert sind,
112 müssen ein Bleiberecht erhalten. Die Fallzahlen in Bayern im Vergleich zu
113 anderen Bundesländern sprechen eine deutliche Sprache: andere integrieren
114 Flüchtlinge – Bayern tut das nicht.

115 **Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass:**

- 116 • **alle rechtlichen Möglichkeiten zur Erteilung eines Bleiberechts aktiv**
117 **genutzt werden;**
- 118 • **Abschiebungen nach Afghanistan in Bayern umgehend ausgesetzt werden;**
- 119 • **eine Neubewertung der Sicherheitslage vorgenommen wird und ein**
120 **bundesweiter Abschiebestopp nach Afghanistan erlassen wird;**
- 121 • **keine Rückübernahmeabkommen sowohl auf Bundesebene als auch auf**
122 **europäischer Ebene mit Afghanistan geschlossen werden.**

A2 Innerparteiliche Inklusion leben - Maßnahmenplan umsetzen

Antragsteller*in: Landesvorstand

Antragstext

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern reden nicht nur über Inklusion, wir leben Inklusion
2 und beginnen bei uns selber. Mit unserer 2017 durchgeführten parteiinternen
3 Umfrage zum Thema Barrierefreiheit wurde in enger Zusammenarbeit mit der LAG
4 Inklusion und Behindertenpolitik ein Maßnahmenplan erarbeitet. Damit haben wir
5 uns auf den Weg gemacht, die innerparteiliche Inklusion weiterzuführen und
6 vorhandene Defizite gezielt abzubauen. Auf dem Kleinen Parteitag 2017 werden die
7 Ergebnisse der Umfrage sowie die daraus abgeleiteten Maßnahmen vorgestellt. Mit
8 der Erarbeitung eines praxisnahen Leitfadens, der alle Gliederungen bei der
9 Umsetzung der Maßnahmen unterstützen soll, wurde bereits begonnen.

10 Es ist klar, auch zukünftig können wir nicht immer und überall perfekte
11 Barrierefreiheit erreichen. Wir wollen aber im Rahmen unserer Möglichkeiten noch
12 deutlich besser werden.

13 Uns ist bewusst, dass Inklusion mehr beinhaltet als Barrierefreiheit und die
14 Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Eine inklusive Gesellschaft zielt
15 darauf, dass alle dabei sind und niemand ausgeschlossen wird, unabhängig von
16 Alter, Religionszugehörigkeit, Geschlecht, sexueller Orientierung, ethnischer
17 Zugehörigkeit oder Behinderung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bayern steht dafür ein,
18 dass Barrieren in allen Bereichen abgebaut werden. Mit konkret durchführbaren
19 Maßnahmen mit Fokus auf Menschen mit Behinderungen in den Bereichen Politische
20 Teilhabe, Arbeit und Beschäftigung sowie zu mehr Barrierefreiheit werden wir
21 sichtbare Schritte gehen auf dem Weg zur Inklusion in unserer eigenen Partei.

22 Beim Kleinen Parteitag 2016 wurde die Erstellung eines Aktionsplans beschlossen,
23 der nun zum Beschluss vorgelegt werden soll. Auf eine wissenschaftlich
24 begleitete Aufarbeitung, wie sie bei Aktionsplänen üblich ist, wollen wir
25 zugunsten der erarbeiteten konkreten Maßnahmen, deren Umsetzung bereits beginnt,
26 verzichten. Den Erfolg der Maßnahmen möchten wir in drei Jahren mit einer
27 weiteren Umfrage überprüfen.

28 Der auf dem Kleinen Parteitag 2017 vorgestellte Maßnahmenplan wird den
29 Untergliederungen (Bezirksverbänden, Kreisverbänden) vorgestellt. Anregungen und
30 Ergänzungen können aufgenommen werden. Der Maßnahmenkatalog wird abschließend
31 dem Landesausschuss zur Verabschiedung vorgelegt.

32 Anfang 2021 wird eine zweite Umfrage zum Stand der Inklusion bei den bayerischen
33 Grünen durchgeführt. Die Durchführung liegt im Aufgabenbereich der
34 Landesgeschäftsstelle. Sie erfolgt in Abstimmung mit der LAG Inklusion und
35 Behindertenpolitik. Diese zweite Umfrage hat zum Ziel, die Weiterentwicklung der
36 Barrierefreiheit in unserer Partei zu bewerten, Erfolge aufzuzeigen, aber auch
37 eventuell noch bestehende Defizite zu benennen. Der 2017 erarbeitete
38 Maßnahmenplan wird in diesem Rahmen auf seine Wirksamkeit überprüft und
39 gegebenenfalls aktualisiert.

40 Der bereits in Arbeit befindliche Leitfaden Inklusion soll noch 2017
41 fertiggestellt und den Untergliederungen zur Verfügung gestellt werden.

Unterstützer*innen

Constanze Kobell und Michael Gerr (Sprecher*innen der LAG Inklusion und Behindertenpolitik)

A3 Agrarwende jetzt – Für eine giffreie Landwirtschaft in Bayern

Antragsteller*in: Landesvorstand, Gisela Sengl (KV Traunstein), Rosi Steinberger (KV Landshut-Land), LAG Ökologie T.U.N., LAG Land und Leben, Christian Hierneis (KV München)

Antragstext

1 Unsere Natur leidet. Boden und Wasser werden immer stärker von Schadstoffen
2 belastet. Immer mehr Tier- und Pflanzenarten sterben aus. Der Grund: Der massive
3 Einsatz von Chemie in der Landwirtschaft. Es sind vor allem die Ackergifte, die
4 unsere Lebensgrundlagen und unsere Ökosysteme bedrohen. Immer mehr davon landen
5 auf unseren Feldern.

6 Über 100.000 Tonnen Pestizide werden jährlich in Deutschland verkauft. Das sind
7 fast 50 Prozent mehr als noch vor 30 Jahren. Zu den Spitzenreitern zählt das von
8 der Weltgesundheitsorganisation WHO als „wahrscheinlich krebserregend“
9 eingestufte Glyphosat.

10 Es ist Zeit zu handeln. Immer mehr Menschen sind nicht mehr bereit, der
11 schleichenden Vergiftung unserer Lebensgrundlagen tatenlos zuzusehen. Wir stehen
12 an der Seite dieser Menschen. Und wir sagen: eine andere Landwirtschaft ist
13 möglich. Eine Landwirtschaft, die ohne Pestizide auskommt, unsere Böden und
14 unser Wasser schützt und Raum lässt für eine vielfältige Tier- und Pflanzenwelt.
15 Das geht nicht von heute auf morgen. Aber jede Veränderung beginnt mit dem
16 ersten Schritt. Und damit wollen wir nicht irgendwann anfangen, sondern hier und
17 heute.

18 Wir fordern:

- 19 • ein wirksames **Pestizidminimierungsprogramm**, das die Landwirtschaft
20 langfristig in die Lage versetzt, ohne Pestizide auszukommen. **Bis 2030**
21 **wollen wir die Agrargifte in Bayern um die Hälfte reduzieren,**
- 22 • **ein sofortiges, europaweites Verbot von Glyphosat** und bienengefährdenden
23 Agrargiften wie **Neonicotinoide** ohne Ausnahmeregelungen auf nationaler
24 Ebene,
- 25 • ein **Verbot von Pflanzengiften auf staatlichen und kommunalen Flächen.**

26 Und das ist auch dringend geboten: Pestizide, insbesondere die hochgiftigen
27 Neonicotinoide, sind für Bienen und andere Bestäuber hochgradig gefährlich. Sie
28 sind Ursache für das massive Bienensterben. Der Feldhamster ist inzwischen
29 europaweit vom Aussterben bedroht; Feldlerche und Rebhuhn zählen zu den
30 Vogelarten mit dem stärksten Rückgang in Bayern. Die Vielfalt der Wiesenblumen
31 und Wildkräuter nimmt drastisch ab. Von den rund 220 heimischen
32 Ackerwildkräutern steht die Hälfte auf den Roten Listen der gefährdeten Pflanzen
33 Deutschlands und der Bundesländer. Aber auch die Bodenorganismen wie Regenwürmer
34 oder Springschwänze, die für den Humusaufbau entscheidend sind, leiden unter der
35 Giftdusche.

36 Die Hauptverantwortung für den rapiden Artenschwund trägt eine zunehmend
37 spezialisierte, an Erträgen und Welthandelspreisen ausgerichtete Landwirtschaft.
38 Sorten, die auf Ertrag getrimmt sind, sind meist anfälliger gegen

39 Schädlingbefall. Monokulturen, zu enge Fruchtfolgen und zu hoher Chemieinsatz
40 bringen immer mehr Resistenzen von Pflanzen hervor. Mehr noch, die Agrargifte
41 versagen immer öfter bei ihrer eigentlichen Aufgabe: als Mittel gegen
42 „Unkräuter“. Ernteerträge gehen bereits teilweise zurück. Anstatt umzukehren, hin
43 zu einem vielfältigen und standortangepassten Ackerbau, fordern die Strategen
44 der Agrarkonzerne neue Gifte und ein Absenken der angeblich zu hohen
45 Umweltstandards.

46 Mittlerweile warnt sogar der Präsident der Deutschen Landwirtschafts-
47 Gesellschaft (DLG), Prof. Carl-Albrecht Bartmer, vor dieser Entwicklung. Doch
48 die Agrarlobby kämpft mit aller Kraft gegen jede Kritik am verfehlten
49 Agrarsystem. Denn das Geschäft mit Ackergiften ist gigantisch. Aktuell pokern
50 Konzerne weltweit um die Macht über unser Essen. Der Chemiekonzern Bayer will
51 Monsanto für 66 Milliarden US-Dollar übernehmen. Mit dieser Fusion würde Bayer
52 Nummer eins auf dem weltweiten Markt für Saatgut und Pestizide und könnte weite
53 Teile des Lebensmittelanbaus beherrschen. Vom gentechnisch veränderten und
54 patentierten Saatgut bis hin zu Pflanzengiften und Chemiedüngern gäbe es alles
55 aus einer Hand. Doch das Versprechen der Konzerne auf Höchsterträge und
56 Ertragssicherheit ist teuflisch. Landwirte, die sich darauf einlassen, werden zu
57 Abhängigen. Künftig entscheiden dann Konzerne, was, wann, wo angebaut,
58 gespritzt, geerntet und verkauft wird.

59 Für den einzelnen Landwirt und die einzelne Landwirtin ist es schwer sich diesem
60 System zu entziehen. Bauernhöfe, die den Wettlauf um maximale Erträge nicht
61 mitmachen können, fallen dem sogenannten „Strukturwandel“ zum Opfer. Dieses
62 System gilt es umzukehren.

63 Wir Grüne fordern deshalb eine flächendeckende Agrarwende in Bayern. Die
64 Landwirtschaft der Zukunft soll weitestgehend ohne chemisch-synthetische
65 Pestizide auskommen. Dazu benötigen wir eine bayerische Minimierungsstrategie
66 für eine giffreie Landwirtschaft:

- 67 • Die Menge an eingesetzten Pflanzengiften muss schnellstmöglich deutlich
68 reduziert werden. Das Reduktionsziel lautet 50% bis zum Jahr 2030.
69 Langfristig soll die gesamte Landwirtschaft in Bayern weitgehend giffrei
70 sein. Das ist eine Qualitätsoffensive für bayerische Agrarprodukte, die
71 für unsere bäuerliche Landwirtschaft einen enormen Marktvorteil birgt.
72 Bayerische Landwirte und Landwirtinnen, die auf den Einsatz von Pestiziden
73 ganz oder immer mehr verzichten, sollen dafür auch entlohnt werden. Ein
74 entsprechendes Förderprogramm für eine Landbewirtschaftung ohne Pestizide
75 ist aufzulegen.
- 76 • Alle staatlichen Güter und landwirtschaftlichen Nutzflächen sind
77 biologisch oder zumindest giffrei zu bewirtschaften.
- 78 • Ökolandbau als Bewirtschaftungsform, die ohne den Einsatz von chemisch-
79 synthetischen Pestiziden auskommt, hat eine Vorbildfunktion auf dem Weg
80 zur giffreien Landwirtschaft. Sie soll daher stärker als bisher gefördert
81 werden mit dem Etappenziel 20 Prozent ökologisch bewirtschaftete Fläche
82 bis 2020 in Bayern.
- 83 • Ökologische Vorrangflächen müssen genauso wie der Wald grundsätzlich frei
84 von Pflanzengiften bleiben.

- 85 • Das Bildungsprogramm an allen Agrarschulen ist an dem Ziel einer
86 (weitgehend) giffreien Landwirtschaft auszurichten.

87 Außerdem müssen auch auf Bundes- und Europaebene die Weichen neu gestellt
88 werden:

- 89 • Substanzen wie Glyphosat mit nachweislichen Gefahren für unsere Gesundheit
90 sind sofort und dauerhaft zu verbieten.
- 91 • Substanzen wie Neonicotinoide mit nachweislichen Gefahren für Bienen sind
92 sofort und dauerhaft zu verbieten. Das derzeitige Teilverbot dieser
93 Agrargifte ist unzureichend, zumal der Chemiekonzern Bayer plant, mit drei
94 neuen Insektengiften auf den Markt zu gehen, die ein hohes Risiko für
95 Bienen, Schmetterlinge und andere Insekten bergen. Dafür darf es keine
96 Zustimmung der nationalen Behörden geben.
- 97 • Zulassungsverfahren für Pestizide müssen grundsätzlich auch deren
98 Auswirkungen auf die Artenvielfalt berücksichtigen.

A4 Because it's 2017! Grüner Feminismus ist umfassend und notwendiger denn je

Antragsteller*in: Landesvorstand, LAG Frauen- und Gleichstellungspolitik

Antragstext

1 Grüne Politik ist seit Bestehen der Partei konsequent feministisch. Für uns ist
2 Frauen- und Gleichstellungspolitik im Unterschied zu anderen Parteien sehr viel
3 mehr als Sozial- oder Familienpolitik. Wir verstehen feministische Politik
4 konsequent als eigenständiges Politikfeld mit einer Querschnittsaufgabe, die
5 alle anderen Gesellschaftsbereiche durchdringt. Nur so können wir langfristig
6 eine weltoffene und geschlechtergerechte Gesellschaft erreichen. Und nur so ist
7 Demokratie möglich.

8 Die Frauenbewegung hat Unglaubliches erreicht – ja eine kulturelle Revolution in
9 Gang gesetzt. Und wir Grüne waren daran in den letzten 40 Jahren entscheidend
10 beteiligt. Viele unserer Forderungen, für die wir visionär und ausdauernd
11 gekämpft haben, sind inzwischen allgemein anerkannt und haben einen
12 gesamtgesellschaftlichen Wandel bewirkt: So ist beispielsweise die Verschärfung
13 des Sexualstrafrechts „Nein heißt Nein“ einer unserer großen Erfolge. Das
14 bedeutet allerdings nicht, dass wir uns ausruhen und darauf vertrauen können,
15 dass sich dadurch automatisch weitere Fortschritte bei der Gleichstellung
16 ergeben. Im Gegenteil: Die Arbeit ist noch lange nicht getan und auch im Jahr
17 2017 sind wir von echter Gleichstellung noch weit entfernt. Laut Gender Pay Gap
18 muss eine Frau immer noch durchschnittlich 77 Tage länger arbeiten, um auf
19 dasselbe Jahresgehalt wie ein Mann zu kommen. Nach wie vor macht der gravierende
20 Mangel von Frauen in Führungspositionen eine Frauenquote für alle Führungsebenen
21 unabdingbar.

22 Freiheit, Selbstbestimmung und Gleichberechtigung für alle Menschen sind die
23 Grundlage einer gerechten Gesellschaft. Jede*r Einzelne sollte sich nach eigenen
24 Wünschen und Fähigkeiten entfalten und an der Gesellschaft teilhaben können,
25 unabhängig von Geschlecht, sexueller Identität, sozialer oder ethnischer
26 Herkunft, Religion, Behinderung, Alter oder Aussehen. Diesen Auftrag gibt uns
27 sowohl das Grundgesetz als auch die Bayerische Verfassung– vor allem aber ist
28 dieser Anspruch in unserer urgrünen DNA verankert.

29 Die jüngsten Entwicklungen zeigen uns, dass die Werte unseres Grundgesetzes auf
30 dem Spiel stehen: Was bislang als grundsätzlich gesichertes Recht galt, wird nun
31 von rechten und rechtskonservativen Gruppierungen im Kern bedroht. Das, was wir
32 in der Gleichstellung als selbstverständlich erachtet haben, wird wieder in
33 Frage gestellt. Plötzlich müssen Frauen in Polen wieder für ihre
34 Selbstbestimmung im Abtreibungsrecht kämpfen. In den USA wird ein Mann
35 Präsident, der seine Missachtung gegenüber Frauen ohne Hemmungen zur Schau
36 stellt und sich öffentlich zutiefst sexistisch und rassistisch äußert. In
37 Deutschland machen Rechtspopulist*innen mit dreisten Lügen Stimmung gegen ein
38 zeitgemäßes Familienbild, indem sie z. B. Alleinerziehende benachteiligen,
39 Frauen die Anzahl ihrer Kinder vorschreiben und eine sinnvolle, die Kinder und
40 Jugendlichen stärkende Sexualaufklärung an Schulen verhindern wollen.

41 Die Konsequenzen sind dramatisch. Der Tonfall verschärft sich und gezielte
42 verbale Anfeindungen und tätliche Übergriffe gegen Frauen, LSBTIQ (Lesben,

43 Schwule, Bisexuelle, Trans*personen, Intersexuelle, queere Personen), gegen
44 Migrant*innen und gegen alle, die nicht in das konservative Bild von Normalität
45 passen, nehmen in erschreckendem Ausmaß zu. In den USA, in Europa und in
46 Deutschland.

47 Das zeigt uns: Es geht ums Ganze, um unsere Demokratie. Und gleichzeitig sehen
48 wir auch, dass wir nicht alleine sind. In der ganzen Welt stehen Menschen auf
49 und kämpfen für unsere Demokratie, für Vielfalt und Solidarität. Wir Grüne sind
50 mittendrin! Gemeinsam kämpfen wir für die Rechte von Frauen, Männern, LSBTI,
51 Migrant*innen, Menschen mit Behinderung, Menschen aller Hautfarben und
52 Religionen. Für die Menschenrechte aller!

53 **Unsere feministische Leitlinie**

54 Grüne Gesellschaftspolitik ist feministische Politik. Wir treten dafür ein, dass
55 alle Menschen – ganz unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sozialen Herkunft,
56 ihrer Hautfarbe, ihrer sexuellen Identität, ihrem Alter, ihrer Weltanschauung,
57 ihrer beruflichen oder finanziellen Situation, ihrem Aussehen, ihren Fähigkeiten
58 – frei, selbstbestimmt und sicher leben können.

59 Das bedeutet auch, dass die Rechte von Frauen, von Männern, von LSBTIQ, von
60 Menschen mit Behinderung, von Migrant*innen, von Menschen eines bestimmten
61 Glaubens Menschenrechte sind und als solche in jeder politischen Diskussion
62 berücksichtigt werden.

63 In einem grün-feministischen Gesellschaftsmodell ist kein Platz für
64 Antifeminismus oder Sexismus, für Rassismus, Behindertenfeindlichkeit, LSBTIQ-
65 Feindlichkeit, Klassismus, Antisemitismus oder jegliche andere Form von
66 Diskriminierung und Gewalt. Das gelingt nur, wenn wir untereinander solidarisch
67 sind und gemeinsam für unsere Rechte eintreten.

68 Deshalb verstehen wir unseren Feminismus intersektional: Diskriminierungen
69 aufgrund mehrerer Merkmale, insbesondere aufgrund von Rasse, Klasse und
70 Geschlecht, werden zusammen gedacht und trotzdem auch jede Gruppe spezifisch
71 adressiert.

72 Geht es zum Beispiel um Gewalt gegen Frauen, so reicht es nicht, nur die Gewalt
73 gegen Frauen im Allgemeinen zu thematisieren. Vielmehr müssen Mehrfach-
74 Diskriminierungen, wie Gewalt gegen Trans*Frauen, Gewalt gegen Frauen mit
75 Behinderung, Gewalt gegen Migrant*innen, etc., mitgedacht werden. Dieses
76 feministische Leitbild durchdringt alle Bereiche unserer Gesellschaft, gleich ob
77 Gewaltschutz, Arbeit, Gesundheit, Bildung, etc.

78 Diesen Anspruch verfolgen wir innerhalb der Partei genauso wie nach außen. Denn
79 wir wollen Vorbilder für eine gerechte Gesellschaft sein. Und wir wollen, dass
80 sie Wirklichkeit wird! Zum Nutzen für Frauen, Männer, LSBTIQ, Migrant*innen,
81 Menschen mit Behinderung - für alle! Lasst uns gemeinsam auf- und einstehen für
82 unser Ziel der weltoffenen und geschlechtergerechten Gesellschaft, für
83 Demokratie und Menschenrechte, für eine selbstbestimmte Zukunft. Because it's
84 2017!

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

LAG Queer. Grün. Bayern; Theresa Eberlein (KV Regensburg); Eva Lettenbauer (KV Donau-Ries); Mücahit Tunca (KV München); Beate Walter-Rosenheimer (KV Dachau); Max Döring (KV München); Werner Gaßner (KV München); Marcel Rohrlack (KV München); Barbara Pfeuffer (KV Würzburg); Sarah Wetzel (KV München); Lydia Dietrich (KV München); Kerstin Täubner-Benicke (KV Starnberg); Katharina Schulze (KV München); Verena Osgyan (Nürnberg)

A5 Finanzierung der Kirchen durch den Staat beenden!

Antragsteller*in: LAG Säkulare
Beschlussdatum: 04.03.2017

Antragstext

- 1 Bündnis 90 / Die Grünen fordern eine Beendigung der Finanzierung der Kirchen
- 2 durch den Staat. In und außerhalb der Partei soll ein Dialog mit der
- 3 katholischen und evangelisch-lutherischen Kirche geführt werden, der als Erstes
- 4 zum Ziel hat, den in Art. 140 Grundgesetz in Verbindung mit Art. 138 Abs. 1
- 5 Weimarer Reichsverfassung formulierten Auftrag zur Ablösung der Staatsleistungen
- 6 zu erfüllen.

Begründung

Artikel 140 Grundgesetz lautet: *„Die Bestimmungen der Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 sind Bestandteil dieses Grundgesetzes.“*

Artikel 137 Abs. 1 Weimarer Verfassung klärt: *„Es besteht keine Staatskirche.“*

Artikel 138 Abs. 1 Weimarer Verfassung verlangt: *„Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf.“*

Der **Verfassungsauftrag, die direkten Staatsleistungen an die Kirchen abzulösen**, besteht also seit nahezu 100 Jahren. Er beinhaltet sowohl die Anerkennung, dass diese Staatsleistungen einen Ausgleich für die Einziehung kirchlicher Besitztümer im Rahmen der Säkularisierung vor mehr als 200 Jahren darstellen, zugleich aber auch die Aufforderung, die Staatsleistungen zeitlich zu begrenzen. Die vom Bundesvorstand eingerichtete Kommission „Weltanschauungen, Religionsgemeinschaften und Staat“ bekundet in ihrem Abschlussbericht: „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diesen Verfassungsauftrag endlich umsetzen.“

Zwischen 1950 und 2010 haben die beiden großen Kirchen in Bayern zusammen **über 3 Milliarden Euro** erhalten. In dieser Zeit **verzehnfachten sich die jährlichen Staatsleistungen** (1950: 8.024.000 Euro, 2010: 87.230.000 Euro). Mit den Geldern werden vor allem Beschäftigte der Kirchen bezahlt, angefangen von den einfachen Angestellten bis hin zu den Bischöfen. Dies geht aus den Staatshaushalten dieser Jahre hervor, insbesondere dem Einzelplan 05 für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst.

Die Leistungen an die **Katholische Kirche** erfolgen gemäß Gesetz zur Ausführung konkordats- und staatskirchenvertraglicher Verpflichtungen Bayerns (**AGKStV vom 7. April 1925** in der in der Bayerischen Rechtssammlung (BayRS 2220-3-K) veröffentlichten bereinigten Fassung. Das AGKStV wurde am 11. Dezember 2012 (GVBl. S. 641) dahingehend geändert, dass für die Personalkosten ab 2013 pauschale Zahlungen geleistet werden. Damit tauchen die einzelnen Haushaltstitel, z.B. 684-01-6 Jahresrenten für 7 Erzbischöfe und Bischöfe, 684 02-5 Gehaltszulagen für 12 Weihbischöfe sowie die Jahresrenten für 14 Dignitäre (684 03-4), 60 Kanoniker (684 04-3) und 42 Domvikare (684 05-2) nicht mehr lesbar auf. Der Haushaltsansatz für **pauschale Zahlungen für den Personalaufwand** der sieben bayerischen (Erz-)Diözesen einschließlich Abwicklung der Jahresrenten der Erzbischöfe und Bischöfe liegt 2016 bei **11.800.000 Euro**.

Die Leistungen an die evangelisch-lutherische Kirche in Bayern erfolgen gemäß Art. 21 des Vertrages zwischen dem Bayerischen Staat und der **Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern r.d.Rh. vom 15.**

November 1924 (BayRS 2220-1-K) in Verbindung mit Art. 2 des Gesetzes zur Ausführung konkordats- und staatskirchenvertraglicher Verpflichtungen Bayerns (AGKStV, GVBl 2012 S. 641 ff.). Der **Haushaltsansatz für den pauschalen Personalaufwand** des evangelisch-lutherischen Landeskirchenrats beträgt 2016 Jahr genau **2 Millionen Euro**.

Die Haushaltsansätze für **sämtliche Leistungen** (ohne Zuschüsse für Kirchenbauten) an die beiden Kirchen betragen **2016** für die katholische Kirche 81.550.000 Euro und für die evangelisch-lutherische Kirche 23.549.000 Euro, zusammen also **105 Millionen Euro**.

Für die **acht sonstigen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften**^{*)} liegen die Haushaltsansätze 2016 bei **589.000 Euro**. Das sind 0,6 Prozent der Leistungen an beide großen Kirchen. Der Staatszuschuss wird mit Parität begründet und je Bekenntnisangehörigen bzw. Mitglied wie bei der Katholischen und der Evangelisch-lutherischen Kirche gewährt.

Die Leistungen des Freistaats Bayern **”fürkirchliche Gebäude usw.”** liegen 2016 bei **35.083.900 Euro** (Haushaltsansatz).

Völlig unabhängig von den direkten **”Staatsleistungen”** an die Kirchen läuft die **Finanzierung der kirchlichen Wohlfahrtsverbände Caritas und Diakonie**. Sie werden nach den gleichen Regeln finanziert wie alle **”freien Träger”**, im Gesundheits- und Sozialsystem Deutschlands, z.B. Deutsches Rotes Kreuz, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband und die Arbeiterwohlfahrt. Caritas und Diakonie werden **zu rund 98 Prozent durch den Staat** bezahlt und nur zu 2 Prozent von den Kirchen.

Die Finanzierung der beiden großen Kirchen durch den Staat ist nicht mehr gerechtfertigt. Eine 1919 mögliche Ablösesumme für die Staatsleistungen ist angesichts der Milliardenbeträge, die den beiden Kirchen in nun beinahe hundert Jahren zugeflossen sind, längst beglichen.

Angesichts der erheblichen **Veränderung in der Zusammensetzung der Bürgerinnen und Bürger** im Hinblick auf ihre religiöse oder religionsfreie Weltanschauung (weniger als 60 Prozent sind Mitglieder der katholischen und evangelisch-lutherischen Kirche, trotzdem steigen die Staatsleistungen kontinuierlich) und angesichts von **rund einem Drittel konfessionsfreier Bürgerinnen und Bürger** wird es immer wichtiger, die von der Verfassung geforderte Trennung von Staat und Kirche auch in die Praxis umzusetzen.

*) Alt-Katholische Kirche in Bayern,

Bund für Geistesfreiheit in Bayern,

Griechisch-Orthodoxe Metropole (Vikariat Bayern),

Russisch-Orthodoxe Kirche in Bayern,

Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden in Deutschland, Vereinigung Bayern,

Evangelisch-Methodistische Kirche in Bayern,

Rumänisch-Orthodoxe Kirche in Bayern,

Humanistischer Verband Deutschlands - Bayern

A6 CETA im Bundesrat ablehnen – für fairen Handel eintreten

Antragsteller*in: Uwe Kekeritz (KV Neustadt/Aisch-Bad Windsheim)

Antragstext

1 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekräftigen ihre geltende Beschlusslage auf Landes- und
2 Bundesebene zu dem geplanten Handelsabkommen der EU mit Kanada (CETA). Wir
3 lehnen das vorgelegte Abkommen ab, da – ungeachtet der erfolgten Nachbesserungen
4 beim Investitionsschutz – weiterhin die von uns angelegten Maßstäbe nicht
5 erfüllt werden.

6 Bei den anstehenden Abstimmungen im Bundestag und Bundesrat fordern wir alle
7 Mandatsträger*innen auf, gegen den vorgelegten CETA-Vertrag zu stimmen.

8 Trotz Verbesserungen gibt es weiterhin einen vom öffentlichen Rechtsweg
9 getrennten Sonderklageweg für kanadische und – über den Umweg ihrer kanadischen
10 Töchter – auch für viele US-amerikanische Konzerne und Investoren. Wir lehnen es
11 grundsätzlich ab, dass Investoren Sonderrechte erhalten. Völlig unbeachtet
12 bleiben bei diesem Rechtsinstrument zudem die Pflichten von Investoren. Hinzu
13 tritt die Benachteiligung von deutschen und europäischen gegenüber kanadischen
14 und US-amerikanischen Investoren.

15 Weiterhin wird durch CETA auch das europäische Vorsorgeprinzip gefährdet. Der
16 Grundsatz, dass nichts auf den Markt kommt, was sich potenziell gefährlich oder
17 schädlich für Mensch und Umwelt auswirkt, hat sich bewährt. Dies darf nicht
18 aufgegeben werden.

19 Nicht zuletzt ist die kommunale Daseinsvorsorge durch CETA gefährdet. Der Druck,
20 kommunal erbrachte Dienstleistungen zu privatisieren, ist mit CETA weiterhin
21 gegeben. Die von uns geforderte Positivliste, welche Dienstleistungen überhaupt
22 für eine Privatisierung denkbar sind, ist nicht enthalten. Es wird weiter der
23 Ansatz einer Negativliste verfolgt, der lediglich einige wenige Bereiche
24 ausnimmt und damit für die künftige Privatisierung neuer Dienstleistungen Tür
25 und Tor öffnet und eine öffentliche Übernahme neuer Aufgabengebiete weitgehend
26 ausschließt.

27 ***Präsident Trump macht CETA keinen Deut besser – im Gegenteil***

28 Auch ein irrlichternder Präsident Trump im Weißen Haus verändert nicht unsere
29 Bewertung des CETA-Vertrags mit Ottawa. Denn am materiellen Gehalt hat sich
30 nichts verändert. Als größter Binnenmarkt der Welt sollte und kann die EU das
31 Rückgrat haben, Bedingungen zu formulieren. Die Drohung Trumps, kanadischen
32 Produkten und Dienstleistungen den Zugang zum US-Markt durch Verteuerung zu
33 erschweren, sollte Kanada und Europa näher zusammen bringen. Transparente
34 Neuverhandlungen mit breiter öffentlicher Beteiligung wären ein guter Anfang.

35 Als wichtiges Argument gegen CETA bleibt zudem bestehen und wird noch verstärkt,
36 dass die rund 40.000 US-Konzerne durch die protektionistischen Ambitionen Trumps
37 selbst Schutz im Heimatmarkt genießen, über ihre kanadischen Töchter und CETA
38 aber selbst von einem Zugang zum EU-Markt plus exklusivem Klagerecht
39 profitieren. Das wäre einseitig zu Lasten der EU und Deutschlands und damit
40 nicht in unserem Interesse.

41 ***Verhandlungen neu starten – mit Bürger*innenbeteiligung***

42 Wir üben nicht nur Kritik am vorgelegten Vertrag, sondern insbesondere auch an
43 seinem Zustandekommen. Die Zeiten, in denen Regierungen ohne Beteiligung von
44 Volksvertretungen, der Zivilgesellschaft und direkt von Bürger*innen in geheimen
45 Runden Verträge aushandeln, sollten endlich vorbei sein.

46 Frühzeitige und begleitende, transparente und nachvollziehbare Information und
47 Beteiligung ist unumgänglich, um Verträge, die gesellschaftsverändernden
48 Charakter haben, zu legitimieren. CETA ist diesbezüglich kein bisschen besser
49 als TTIP und deshalb völlig inakzeptabel. Alle diese groben und nicht
50 tolerierbaren Mängel können nicht mehr durch kleinere Veränderungen am
51 Vertragswerk im Rahmen des Ratifikationsprozesses behoben werden. Zudem ist die
52 Ratifikation auf der Ebene der EU-Gemeinschaftsinstitutionen Rat und Parlament
53 bereits abgeschlossen. Nur ein neuer Verhandlungsprozess mit Bürger- und
54 Parlamentsbeteiligung von Anfang an kann ein akzeptables Abkommen hervorbringen.

55 Die Menschen verlangen zurecht nach Transparenz und der Möglichkeit der aktiven
56 Beteiligung bei gesellschaftsrelevanten Prozessen und Verträgen. Dies zeigt auch
57 die überwältigend große Beteiligung am Volksbegehren gegen CETA. An nur einem
58 einzigen Tag haben mehr als 50.000 Bayer*innen das Volksbegehren unterschrieben.
59 Dies nicht nur, weil sie CETA ablehnen, sondern weil sie sich beteiligen
60 möchten.

61 Dass die bayerische Staatsregierung sich diesem Wunsch versperrt hat, ist eine
62 vertane Chance. Gerade eine Staatsregierung, die mit ihren umstrittenen
63 Volksbefragungen selbst vorgeblich dem Bürger*innenwillen mehr Geltung
64 verschaffen wollte, hätte durch eine Zulassung des Volksbegehrens beweisen
65 können, dass Sie das Wahlvolk tatsächlich ernst nimmt.

66 Politik muss auch in Bayern endlich den Bürger*innen zuhören. BÜNDNIS 90/DIE
67 GRÜNEN werden daher den 50.000 Bürger*innen Gehör schenken, die CETA so nicht
68 wollen, und in den Parlamenten entsprechend handeln.

69 ***Fairer Handel mit starker Staatlichkeit statt Neoliberaler Heilsbotschaften***

70 Bayern und Deutschland profitieren vom Welthandel. BMW, Audi, Siemens und die
71 zahlreichen „Hidden Champions“, die unbekanntes Weltmarktführer in den Regionen,
72 würden nicht so zum Wohlstand Bayerns beitragen, wenn der Handel mit zu vielen
73 Hindernissen belegt wäre. Trotz des wirtschaftlichen Erfolges hat sich aber das
74 reale Einkommen in Deutschland für 40 Prozent der Menschen seit 1999 unterm
75 Strich nicht erhöht. Ausschlaggebend hierfür sind allzu freie Marktkräfte ohne
76 ausreichende Transparenz, Steuerung und Umverteilung.

77 Konzerne, die ihre Gewinne verlagern und so Steuern umgehen, und Manager*innen,
78 die – mit dem Verweis auf den angeblichen Weltmarkt – ihre Bezüge in
79 unanständige Höhe schrauben sind nur die Spitzen dieses Befunds. Mit
80 dereguliertem Handel gewinnen ökonomisch Starke hinzu, ökonomisch Schwächere
81 werden immer verlieren. Handel ohne Regeln ist nicht fair, sondern macht Reiche
82 reicher und Arme ärmer.

83 Wir müssen daher den Welthandel radikal reformieren. Wir brauchen fairen Handel,
84 denn nur dieser ermöglicht Freiheit. Daher fordern wir Grüne internationale
85 Regeln, die den Standort- und Steuerwettbewerb beenden, mehr soziale
86 Gerechtigkeit schaffen, den Klimawandel aufhalten und eine ausgeglichene
87 Handelsbilanz fördern.

⁸⁸ CETA leistet das nicht, es ist ein vielmehr das „Weiter so“ mit der schädlichen
⁸⁹ Handelspolitik. Europa und Kanada sind sich kulturell vergleichsweise nahe.
⁹⁰ Diese Basis gilt es zu nutzen, um den Welthandel zum Besseren zu verändern. Ein
⁹¹ Aus für CETA in seiner jetzigen Form, ist dazu der erste und entscheidende
⁹² Schritt.

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Verena Osgyan (KV Nürnberg); Stephanie Schuhknecht (KV Augsburg-Stadt); Markus Ganserer (KV Nürnberg); Beate Walter-Rosenheimer (KV Fürstenfeldbruck); Thomas Mütze (KV Aschaffenburg-Stadt); Erhard Grundl (KV Straubing-Bogen); Martin Heilig (KV Würzburg-Stadt); Gabi Drechsler (KV Nürnberg-Land); Ruth Halbritter (KV Neustadt-Aisch/Bad Windsheim); Markus Büchler (KV München-Land); Marianne Schwämmlein (KV Fürth-Land); Lisa Badum (KV Forchheim); Heiner Schmidt (KV Kitzingen); Irene Dziekan (KV Neustadt-Aisch/Bad Windsheim); Christine Schoerner (KV Hof); Sabine Stellrecht-Schmidt (KV Miltenberg); Martin Stümpfig (KV Ansbach); Christian Schneider (KV Fürth-Stadt); Florian Braunreuther (KV Main-Spessart); Alena Damerow (KV Fürth-Stadt); Christian Zwanziger (KV Erlangen-Stadt)

A7 „Wer B sagt muss auch C sagen“: Beide Blöcke des AKW Gundremmingen müssen unverzüglich vom Netz!

Antragsteller*in: Bezirksverband Schwaben

Antragstext

- 1 Der Bayerische Landesverband von Bündnis 90 / Die Grünen fordert, die beiden
- 2 Reaktoren B und C des AKW Gundremmingen aus Sicherheitsgründen unverzüglich
- 3 abzuschalten.

Begründung

Die Gundremminger Reaktoren sind die letzten Siedewasserreaktoren Deutschlands. Wie die havarierten Siedewasserreaktoren in Fukushima verfügen sie, im Gegensatz zu Druckwasserreaktoren, nur über einen Hauptkreislauf.

Jahr für Jahr ereignen sich in Gundremmingen besorgniserregende Zwischenfälle. So kam es 2015 zu einer Reaktorschnellabschaltung, da ein externer Mitarbeiter statt der Druckluft des zu diesem Zeitpunkt stillstehenden Reaktors B, die für die Betriebssicherheit existenzielle Druckluft des laufenden Reaktors C ausschaltete. Im selben Jahr stürzte ein Brennelement bei der Umlagerung mit einem Kran ab.

Im April 2016 stellte sich heraus, dass eine Pumpe des Nachkühlsystems von Block C für einen turnusgemäßen Start nicht in Betrieb genommen werden konnte.

Auch im letzten halben Jahr kam es wieder zu einem meldepflichtigen Ereignis und mehreren Störungen. Wegen einer Undichtigkeit an einem Ventilgehäuse musste Block C im Januar heruntergefahren werden. Block B wurde Ende Februar wegen eines fehlerhaften Ventils mit einer von Hand ausgelösten Reaktorschnellabschaltung abgeschaltet. Zudem häufen sich seit Jahren Meldungen über undichte Spaltelemente.

Gerade hat ein Gutachten renommierter Experten festgestellt, dass die Notkühlssysteme am AKW Gundremmingen nicht den Vorschriften der deutschen Atomaufsicht entsprechen. Das Not- und Nachkühlsystem des AKW ist nicht vollständig erdbebensicher, im Erdbebenfall wäre eine Kernschmelze nicht auszuschließen.

Das mit Abstand gefährlichste noch laufende AKW Deutschlands steht in Bayern und muss aus den oben genannten Gründen so schnell wie möglich vom Netz.

Unterstützer*innen

Stephanie Schuhknecht (KV Augsburg-Stadt); Maximilian Deisenhofer (KV Günzburg); Christian Vavra (KV Ostallgäu); Benedikt Rapp (KV Dillingen); Günther Räder (KV Ostallgäu); Gerti Kustermann (KV Ostallgäu); Peter Rauscher (KV Augsburg-Stadt); Bernhard Thrul (KV Memmingen); Kirsi Hofmeister-Streit (KV Augsburg-Stadt); Erna-Kathrein Groll (KV Kempten); Albert Riedelsheimer (KV Donau-Ries); Joachim Hien (KV Dillingen); Michael Husch (KV Unterallgäu); Christina Mader (KV Oberallgäu); Ulli Leiner (KV Oberallgäu); Thomas Gehring (KV Kempten); Christine Kamm (KV Augsburg-Stadt); Martin Stümpfig (KV Ansbach); Ekin Deligöz (KV Neu-Ulm); Felix Senner (KV Augsburg-Land); Katharina Schulze (KV München-Mitte); Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt); Kreisverband Augsburg-Land

A8 Geld für die Schiene in ganz Bayern investieren und Münchner S-Bahn für 10-Minuten-Takt ausbauen statt Milliardengrab zweiter Tunnel

Antragsteller*in: Markus Ganserer (KV Nürnberg)

Antragstext

1 Die Schiene braucht dringend Investitionen. In allen Landesteilen - nicht nur in
2 den Ballungsräumen. Ganze Regionen sind aber vom Schienenverkehr abgehängt. Und
3 dementsprechend schlecht sind dort die Zukunftsaussichten. Dabei ist klar: Die
4 Schiene ist das Rückgrat für den Personenverkehr und ein wichtiger Faktor für
5 Unternehmensansiedlungen. Während die CSU viel von Elektromobilität redet, ist
6 weniger als die Hälfte der Bahnstrecken in Bayern elektrifiziert. Auf dem
7 größten Teil des Bayerischen Netzes fahren immer noch stinkende Dieselloks. Der
8 CSU fehlt hier der richtige Antrieb. Das Ausbluten der ländlichen Räume und der
9 enorme Druck auf die Metropolen hängen zusammen. **Wer keine Perspektiven für das**
10 **Land schafft, wird auch die Lebensqualität in den Ballungsräumen nicht**
11 **verbessern können.**

12 Mit dem Beschluss, in der Münchner Innenstadt einen **zweiten S-Bahn-Tunnel** zu
13 graben, hat die CSU- Regierung die Weichen falsch gestellt. Es drohen fatale
14 Konsequenzen für den Öffentlichen Verkehr sowohl in München als auch in ganz
15 Bayern. Eine wesentliche Verbesserung der Verkehrssituation in der Region
16 München wird es damit nicht geben. Denn es sind vor allem die Engstellen auf den
17 Außenästen, die eine höhere Kapazität verhindern. Die zweite Röhre wird knapp
18 vier Milliarden Euro kosten. Damit steht fest, dass dieses CSU-Prestige-Projekt
19 sämtliche auf Bayern entfallenden Fördermittel (GVFG-Mittel) für den
20 Schienenpersonennahverkehr in den nächsten 25 bis 30 Jahren verbrauchen wird.
21 Überdies hat der Freistaat in der Finanzierungsvereinbarung zugesagt, die
22 unzureichenden Bundeszuschüsse mit jährlich bis zu 140 Mio. Euro
23 vorzufinanzieren. **Für andere Schienenverkehrsprojekte in Bayern sind damit auch**
24 **keine Landesmittel mehr frei.** Und das für Jahrzehnte! Das wäre verheerend und
25 deshalb brauchen wir Alternativen. Wir Grüne haben sie auf den Tisch gelegt.

26 **Bayern braucht eine kluge - eine Grüne Verkehrspolitik**

27 **Wir wollen die Kapazität des gesamten Netzes der S-Bahn München verdoppeln** und
28 einen durchgehenden 10-Minuten-Takt auf allen Linien. Dafür haben wir mit
29 www.sbahn2030.de ein durchdachtes und durchgerechnetes Fahrplan- und
30 Infrastrukturkonzept aus einem Guss vorgelegt. Ein solches Gesamtkonzept ist die
31 CSU-Regierung bislang schuldig geblieben. Die rasche Realisierung unseres
32 Konzeptes würde für alle Nutzer*innen der S-Bahn im Großraum München bessere
33 Verbindungen und mehr Pünktlichkeit bedeuten. Der zweite S-Bahn-Tunnel kann das
34 nicht leisten. Deshalb lehnen wir das Prestige-Projekt zweiter S-Bahn Tunnel ab
35 und fordern stattdessen die rasche Realisierung eines Gesamtkonzeptes zur
36 Einführung des durchgehenden 10-Minuten-Takts.

37 **Wir Grüne wollen den umweltfreundlichen Schienenverkehr in ganz Bayern stärken**

38 Dazu fordern wir:

- 39 • Eine Mobilitätsgarantie für ganz Bayern: Stundentakt von 524 Uhr an
40 Werktagen und deutliche Verbesserungen an den Wochenenden. Ein modernes
41 und leistungsfähiges Schienennetz ist das Rückgrat dafür. Ein
42 entsprechendes Konzept haben wir vorgelegt.
- 43 • Eine Elektrifizierungsoffensive für Bahnstrecken
- 44 • Eine Reaktivierungsstrategie für Bahnstrecken im ländlichen Raum
- 45 • Bestehende Lücken im Stundentakt auf allen Strecken schließen
- 46 • Die Erhöhung der Regionalisierungsmittel durch den Bund endlich dafür zu
47 nutzen, das Angebot in der Fläche auszuweiten und auf nachfragestarken
48 Strecken einen Halbstundentakt einzuführen.
- 49 • Die GVFGMittel des Bundes für Investitionen in den
50 Schienenpersonennahverkehr von rund 333 Millionen Euro pro Jahr auf eine
51 Milliarde erhöhen.

Unterstützer*innen

Manuela Rottmann (KV Bad Kissingen); Sabine Stellrecht-Schmidt (KV Miltenberg); Stefan Schmidt (KV Regensburg-Stadt); Tobias Eichelbrönner (KV Bad Kissingen); Thomas Mütze (KV Aschaffenburg Stadt); Kerstin Celina (KV Würzburg Land); Peter Werner (KV Haßberge); Matthias Lewin (KV Haßberge); Hans Madl-Deinhart (KV Freyung-Grafenau); Hermann Schoyerer (KV Freyung-Grafenau); Erhard Grundl (KV Straubing-Bogen); Christopher Riller (KV Rhön-Grabfeld); Monika Horcher (KV Bad Kissingen); Heiner Schmidt (KV Kitzingen); Petra Winter (KV Bad Kissingen); Martin Runge (KV Fürstenfeld Bruck); Toni Schuberl (KV Passau-Land); Markus Büchler (KV München-Land); Paul Bickelbacher (KV München); Volker Leib (KV München-Land); Ulrike Gote (Bayreuth-Stadt); Michael Vogl (KV Regen); Oliver Rühl (KV Ansbach); Martin Stümpfig (KV Ansbach); Birgit Zirkelbach (KV Rhön-Grabfeld); Uwe Kekeritz (KV Neustadt-Aisch/Bad Windsheim); Christian Schneider (KV Fürth); Patrick Friedl (KV Würzburg Stadt); Stefan Wagener (KV Aschaffenburg-Stadt); Annette Marquardt (KV Haßberge); Martin Heilig (KV Würzburg-Stadt); Martin Mühleck (KV Bad Kissingen); Aljoscha Labeille (KV Würzburg-Stadt); Brigitte Schön (KV Schweinfurt); Kilian Körner (KV München-Land); Antje Wagner (KV München-Land); Claudia Woy-Dünninger (KV Haßberge)

A9 Keine Kooperationen mit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Antragsteller*in: Kreisverband Forchheim

Beschlussdatum: 16.03.2017

Antragstext

- 1 Der Parteitag möge beschließen:
- 2 Der Parteitag lehnt Kooperationen mit der Initiative Neue Soziale
- 3 Marktwirtschaft (INSM) ab und fordert die Mitglieder des Vorstands und andere
- 4 Vertreter der Partei auf, künftig keine Kooperationen mit dieser Initiative
- 5 einzugehen und nicht bei Veranstaltungen der Initiative aufzutreten. Mitglieder
- 6 des Vorstands und andere Vertreter der Partei sollen keine Mitglieder der
- 7 Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) sein bzw. ihre Mitgliedschaft
- 8 nicht öffentlich mit dem Parteiamt in Verbindung bringen.

Begründung

- Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) steht in Wirklichkeit für eine neoliberale Abschaffung des sozialen Anteils der „Sozialen Marktwirtschaft“.
- Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) steht mit ihrem einseitig wirtschaftsliberalen Kurs auch eindeutig gegen jeden ökologischen Umbau der Wirtschaftspolitik.

A10 „Ja zu Europa - Mut zu Veränderung“ - auch in Bayern!

Antragsteller*in: Barbara Lochbihler (KV Ostallgäu)

Antragstext

1 „Eine geglückte Verbindung einzigartiger Umstände“ - so bezeichnete der
2 österreichische Bundespräsident Alexander van der Bellen das vereinte Europa in
3 seiner Rede im Februar vor dem Europäischen Parlament. Die europäische Einigung
4 ist in ihrer Form historisch und global einmalig. Dabei war der 1957 begonnene
5 Weg „einer immer engeren Union“ langwierig und oft geprägt von
6 Meinungsverschiedenheiten und Kompromissen zwischen den Mitgliedstaaten. Doch er
7 wurde begangen mit der gemeinsamen Überzeugung, dass nur ein geeintes und
8 starkes Europa seinen Mitgliedstaaten und den Bürger*innen dauerhaft Frieden,
9 Freiheit und wirtschaftliches Wohlergehen bringen kann. Trotz Rückschlägen und
10 Krisen leben die Europäer*innen heute in einer lang anhaltenden Phase des
11 Friedens und nie zuvor in so hohem Wohlstand wie heute.

12 Wir Europäer*innen feiern dieses Jahr mehrere Jubiläen europäischer
13 Integrationsgeschichte: Vor 60 Jahren wurden die Römischen Verträge
14 unterzeichnet und vor 25 Jahren traten die Verträge von Maastricht in Kraft, mit
15 denen die Europäische Union in ihrer heutigen Form begründet wurde. Mit der
16 Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon vor zehn Jahren kam es zur
17 Zusammenlegung der Europäischen Union mit der Europäischen Gemeinschaft.

18 Dieses Jubiläumsjahr der europäischen Einigungsgeschichte stellt die EU aber
19 zugleich vor enorme Herausforderungen: Das EU-Mitglied Großbritannien wird aller
20 Voraussicht nach in Folge des Brexit-Referendums seinen Austritt aus der
21 Europäischen Union einleiten. Griechenland muss im Juli 7,2 Milliarden Euro
22 zurückzahlen, während die Austeritätspolitik unvermindert zu einer wachsenden
23 sozialen Spaltung in der EU beiträgt.

24 In Frankreich und Deutschland stehen entscheidende Wahlen an, die für die
25 zukünftige Ausrichtung der EU richtungsweisend sein werden. Die Wahl in den
26 Niederlanden hat gezeigt, dass die bisherigen Stimmengewinne der
27 Rechtspopulisten nicht selbstverständlich sind. Die niederländischen Grünen
28 konnten sich von vier auf nun vierzehn Sitze im Parlament steigern - ein
29 beachtliches Ergebnis und klares Zeichen für Europa und für grüne Politik!

30 Rechtspopulisten wie Marine Le Pen oder Frauke Petry wollen ihre Länder aus der
31 EU führen. Überall in Europa schüren Rechtspopulisten und Rechtsnationalisten
32 die Angst und treiben die Ausgrenzung von religiösen, sexuellen und ethnischen
33 Minderheiten sowie von ausländischen Mitbürger*innen und Geflüchteten voran. Sie
34 predigen die gesellschaftliche Unterordnung von Frauen. Auf den Nationalstaat
35 projizieren sie diffuse Heilserwartungen. Wir erinnern hier an Francois
36 Mitterand, der 1995 warnte: „Nationalismus: Das ist Krieg“. In Ungarn und Polen
37 sind Nationalisten an der Macht und zeigen, was dies für die Demokratie und den
38 Rechtsstaat bedeutet: Justiz und die freien Medien werden angegriffen und
39 zunehmend eingeschränkt. Trotzdem sucht der bayerische CSU-Ministerpräsident den
40 Schulterchluss mit dem ungarischen Präsidenten oder reist zu Putin nach Moskau.

41 Trotz aller Herausforderungen und Kritik überwiegt in der EU die Zustimmung zu
42 Europa: Mehr als 80% der Europäer*innen befürworten die vier ökonomischen
43 Grundfreiheiten der EU, zwei Drittel sehen die EU als Ort der Stabilität und 70%
44 der Bevölkerung im Euro-Währungsgebiet befürworten den Euro. Wir GRÜNE stehen an
45 der Seite der überzeugten Europäer*innen. Gemeinsam werden wir die
46 Herausforderungen meistern und die EU mit Mut weiter entwickeln.

47 **GRÜNE FÜR EIN DEMOKRATISCHES, SOLIDARISCHES UND ÖKOLOGISCHES EUROPA**

48 Wir GRÜNE stellen uns entschieden gegen pauschalisierende Vereinfachungen und
49 falsche Schuldzuweisungen. Ja, in Europa muss es Veränderungen geben.
50 Solidarität mit Europa bedeutet auch, sachorientierte Kritik zu üben und
51 Reformen einzufordern. Nur so lassen sich konstruktive Debatten führen und
52 gemeinsame, europäische Lösungen finden in den Bereichen: Klima- und
53 Umweltschutz, Energie, Flucht und Konflikte, Transport und Infrastruktur,
54 Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Datenschutz, Armut und Beschäftigung. Denn
55 die Sicherheiten, nach denen heute von allen Seiten so dringend gesucht wird -
56 die innere, äußere, soziale und ökologische Sicherheit - lassen sich eben nicht,
57 wie die autoritären Nationalisten von AfD bis Orbán nahelegen wollen, im Rahmen
58 des Nationalstaats erzielen. Diese Sicherheiten gibt es nur als europäische
59 Sicherheiten!

60 Deshalb wollen wir GRÜNE energisch und entschlossen für ein demokratisches,
61 solidarisches und ökologisches Europa arbeiten. Wir wollen Europa besser machen
62 und bekräftigen unseren BDK-Beschluss vom November 2016 auch explizit in Bayern:
63 „Ja zu Europa - Mut zur Veränderung“!

64 Wir GRÜNE stehen für den Erhalt und die Stärkung der Kernwerte der Europäischen
65 Union, Solidarität, Menschenrechte und Demokratie. Auf diese müssen wir
66 aufbauen, denn sie sind die Grundlagen unserer Freiheit. Es gilt, diese Werte zu
67 stärken: in unserer Innen-, Sozial- und Wirtschaftspolitik, wie auch in unserer
68 Außen- und Sicherheitspolitik. Wir treten ein für Teilhabe an wirtschaftlichem
69 Wohlstand in ganz Europa.

70 **DIE FRIEDENSMACHT EUROPA**

71 Zahlreiche Konflikte und Kriege finden in unserer europäischen Nachbarschaft
72 statt. Die Europäische Union muss alle ihr möglichen Maßnahmen ergreifen, um
73 diese zu befrieden und die Friedensprozesse zu begleiten. Die EU als
74 Friedensnobelpreisträgerin muss ihrem Namen gerecht werden. Deshalb darf es auch
75 keine Waffenlieferungen der EU in Konfliktgebiete und an Diktatoren geben.

76 Sechs der zehn größten deutschen Rüstungsunternehmen sind in Bayern ansässig.
77 Dadurch hat Bayern eine besondere Verantwortung. Es darf keine Rüstungsexporte
78 in Krisengebiete und in Staaten mit einer problematischen Menschenrechtslage
79 geben. Eine Steigerung der Verteidigungsausgaben auf 2% lehnen wir ab und wollen
80 stattdessen endlich unsere internationalen Versprechen für die
81 Entwicklungshilfe, die Klimafinanzierung und die Zivile Krisenprävention
82 erfüllen.

83 Auch in die Türkei werden weiterhin deutsche Rüstungsgüter exportiert. Wir
84 fordern deren sofortigen Stopp, solange der Krieg gegen die eigene
85 Zivilbevölkerung im Südosten des Landes anhält.

86 Die EU-Türkei-Beziehungen sind an einem Tiefpunkt angelangt. Das zeigt nicht
87 zuletzt die jüngste Diskussion über die Frage, ob der türkische Präsident

88 Erdogan und seine AKP-Minister in Europa auftreten und für das Referendum in der
89 Türkei werben dürfen. Es ist eine echte Zumutung und schwer zu ertragen, wenn
90 türkische Minister bei uns für die Abschaffung von Rechtsstaat und
91 Parlamentarismus in der Türkei werben. Wir müssen zeigen, dass Meinungsfreiheit,
92 Versammlungsfreiheit und selbstverständlich auch die Pressefreiheit für alle
93 gleichermaßen gelten.

94 Wir Grüne stehen an der Seite aller Demokrat*innen in der Türkei und richten
95 unsere Türkeipolitik daran aus. Präsident Erdogan arbeitet inzwischen gegen den
96 EU-Beitritt seines Landes, weil seine politischen Ziele und europäische Werte
97 wie Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und eine offene Gesellschaft
98 nicht miteinander kompatibel sind. In dieser Situation brauchen uns die
99 Zivilgesellschaft und die Opposition in der Türkei mehr denn je. Für eine
100 demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU offen bleiben.

101 Das zögerliche Agieren der Bundesregierung sowie die immer wiederkehrenden
102 Drohungen von türkischer Seite gegenüber Europa belegen, wie erpressbar sich die
103 EU von Erdogan gemacht hat, v.a. durch ein rechtsstaatlich fragwürdiges
104 Flüchtlingsabkommen. Dieses Abkommen ist eine Folge der Weigerung der EU-
105 Mitgliedstaaten, zu einer gemeinsamen solidarischen Lösung in der
106 Flüchtlingskrise zu kommen. Wir fordern eine eigenständige Antwort der EU auf
107 die Flüchtlingsfrage. Diesen EU-Türkei-Deal wollen wir beenden. Gleichzeitig
108 müssen gezielt Maßnahmen ergriffen werden, um den aus der Türkei ankommenden
109 Geflüchteten gerecht zu werden – und um den vielen Schutzsuchenden, die von der
110 Türkei aufgenommen wurden, menschenwürdige Lebensbedingungen zu ermöglichen.

111 **EINE SOLIDARISCHE FLÜCHTLINGSPOLITIK**

112 Wir GRÜNE fordern eine gemeinsame solidarische und humane EU-Asylpolitik, die
113 die Rechte der Schutzsuchenden in den Mittelpunkt stellt. Um echte Solidarität
114 in Europa zu erreichen, muss das Dublin-System abgeschafft und eine gerechte und
115 dauerhafte Verteilung von Geflüchteten innerhalb der Europäischen Union
116 sichergestellt werden. Wir GRÜNE wollen nicht, dass Menschen ihr Leben riskieren
117 müssen, um bei uns Schutz zu finden. Daher setzen wir uns für sichere Fluchtwege
118 und eine wirksame Seenotrettung ein. Die Abschottungspolitik der EU und ihrer
119 Mitgliedstaaten lehnen wir entschieden ab.

120 Wir stellen uns gegen menschenrechtswidrige Abschottungs- und
121 Rückführungsabkommen mit Drittstaaten. Die Praxis, die Verantwortung für die
122 gemeinsamen Außengrenzen der EU auf Länder außerhalb der EU abzuschieben, lehnen
123 wir ab. Wir GRÜNE lehnen Transitzone ab. Menschen, die Schutz bei uns suchen,
124 wegzusperren und ihrer Grundrechte zu berauben, ist mit den Werten der EU
125 unvereinbar. Wir wollen gezielte Familienzusammenführung erleichtern, fordern
126 die vermehrte Vergabe humanitärer Visa, wollen das Resettlement stärken und mehr
127 Kapazitäten für eine gemeinsame Seenotrettung einsetzen.

128 Allen Menschen, die in Europa Zuflucht suchen, muss ein faires Asylverfahren
129 garantiert werden; dies umfasst eine unabhängige Rechtsberatung. Die
130 Inanspruchnahme von Rechtsmitteln darf nicht durch extreme Fristverkürzungen und
131 länderspezifische Vorannahmen behindert werden.

132 Fluchtursachen müssen effektiv und langfristig bekämpft werden, indem die EU und
133 ihre Mitgliedsstaaten endlich ihre eigene Verantwortung für die strukturellen
134 Ursachen von Flucht und Vertreibung anerkennen. Wir wollen Schluss machen mit
135 einer Handels- oder Landwirtschaftspolitik, die die Lebensgrundlagen von

136 Kleinbäuer*innen zerstört; mit einer Fischereipolitik, die den Fischern
137 Westafrikas leere Netze beschert; oder einer Energiepolitik, die die Klimakrise
138 verstärkt. Das gilt umso mehr, als die Klimaveränderung besonders schwer Länder
139 etwa in der Sahelzone trifft, die selbst am wenigsten zum Klimawandel
140 beigetragen haben.

141 Auch in Bayern bedient sich die CSU vermehrt einer vereinfachenden Rhetorik und
142 beteiligt sich am gefährlichen, populistischen Diskurs. Sie spricht abschätzig
143 von „Flüchtlingsströmen“ und von „Völkerwanderung“, wenn sich Menschen vor Krieg
144 und Verfolgung verzweifelt und hilfeschend an Europa wenden. Im Herbst
145 positionierte sich der bayerische CSU-Ministerpräsident gemeinsam mit dem
146 ungarischen Regierungschef Orbán sogar gegen eine europäische Solidarität in der
147 Flüchtlingspolitik.

148 Viele Unternehmer*innen suchen Auszubildende und Fachkräfte. Trotzdem werden
149 viele junge Geflüchtete an der Aufnahme einer Ausbildung gehindert oder vom
150 Arbeitsplatz abgeschoben. Viele junge Flüchtlinge müssen zu Beginn einer
151 Ausbildung erklären, dass sie sich damit einverstanden erklären, dass ihre
152 Ausbildung beendet wird, wenn das Asylverfahren negativ endet. Das ist auch für
153 die Rechts- und Planungssicherheit der bayerischen Unternehmen problematisch.
154 Daher fordern wir den Ermessungsspielraum der „3+2-Regelung“ umfassend
155 auszuschöpfen, nach der es Geflüchteten ermöglicht wird, eine Ausbildung zu
156 beenden und nach dieser zwei Jahre lang auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die
157 Situation in Afghanistan hat sich im letzten Jahr drastisch verschlechtert.
158 Abschiebungen dorthin lehnen wir ab, denn sie sind mit dem Völkerrecht nicht
159 vereinbar.

160 **DEMOKRATIE UND GRUNDRECHTE WAHREN**

161 Unser Bayern ist bunt und grün. Rund jede*r zweite Bayer*in über 14 Jahren
162 engagiert sich ehrenamtlich. Die Welle der Hilfsbereitschaft nach der Öffnung
163 der Balkanroute und der Ankunft hunderttausender Geflüchteter in Bayern im
164 Herbst 2015 war überwältigend. Ohne die Hilfe der bayerischen Bürger*innen wären
165 die Aufnahme, Unterbringung und Integration der geflüchteten Menschen nicht zu
166 bewerkstelligen gewesen. Daher wollen wir, dass ehrenamtliches Engagement durch
167 den Freistaat besser unterstützt wird.

168 Informierte, kritische und engagierte Bürger*innen sind Grundvoraussetzung für
169 eine funktionierende und lebendige Demokratie. Je früher durch politische
170 Bildung Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verinnerlicht werden, desto wehrhafter
171 ist unsere Demokratie. Deshalb setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass politische
172 Bildung innerhalb und außerhalb der Schulen stärker gefördert wird und dem Fach
173 Sozialkunde in den bayerischen Schulen ein höherer Stellenwert eingeräumt wird.

174 Wir wollen die Europäische Bürgerinitiative stärken. Sie ist das wichtigste
175 Instrument direkter und themenspezifischer Einflussnahme von Bürger*innen auf
176 die europäische Politik.

177 Zur Kriminalitätsbekämpfung und Terrorabwehr braucht es mehr Zusammenarbeit in
178 Europa. Die Wahrung der Grundrechte muss dabei stets garantiert werden. Wir
179 GRÜNE bleiben wachsam, nicht zuletzt, nachdem die CSU-Regierung Pläne zur
180 Einführung einer zeitlich unbegrenzten Vorbeugehaft vorgestellt hat. Ein
181 bayerisches Guantanamo à la Seehofer wird es mit uns nicht geben.

182 Auch anlasslose Überwachung oder massenhaftes Datensammeln lehnen wir
183 entschieden ab! Für eine effektive polizeiliche Ermittlungsarbeit fordern wir
184 mehr Geld und Personal.

185 **WIRTSCHAFTLICHER WOHLSTAND UND EINE SOZIALERE UND GERECHTERE EUROPÄISCHE UNION**

186 Die Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa ist nicht überwunden. Die
187 Ungleichheit zwischen den Mitgliedstaaten und zwischen den Europäer*innen
188 wächst. Jugendarbeitslosigkeit ist in diesem Kontext eines der gravierendsten
189 Probleme und muss entschieden und vorrangig bekämpft werden. Wir wollen die
190 europäische Jugendgarantie umsetzen: Alle jungen Europäer*innen sollen
191 spätestens vier Monate nach ihrem Schulabschluss einen Ausbildungs- oder einen
192 Arbeitsplatz erhalten. Zudem wollen wir, dass das Erasmusprogramm konsequent
193 ausgebaut wird und auch Auszubildende stärker davon profitieren können.

194 In Europa besteht ein Stadt-Land-Gefälle, auch bei uns in Bayern. Wir wollen den
195 Folgen entgegenwirken, indem EU-Strukturfonds und die Mittel für ländliche
196 Entwicklung besser eingesetzt werden. Durch den Ausbau und die Weiterentwicklung
197 solcher Strukturen kann ein direkter Ausgleich zwischen schwachen und stärkeren
198 Kommunen über Grenzen hinweg erreicht werden.

199 Wir GRÜNE fordern mehr Steuergerechtigkeit in Europa. Steuervermeidung und
200 Steuerhinterziehung müssen effektiv bekämpft werden. Dazu müssen insbesondere
201 Unternehmenssteuern europaweit weiter harmonisiert werden, denn Steuerwettbewerb
202 zwischen Staaten ist nichts anderes als ein Steuersenkungswettbewerb. Davon
203 profitieren multinationale Konzerne, die ihre Gewinne in Niedrigsteuerstaaten
204 verschieben, anstatt sie dort zu versteuern, wo sie tatsächlich ihre Geschäfte
205 betreiben.

206 Gefragt ist neben dem Steuergesetzgeber im Bund und in Europa hier auch die
207 bayerische Finanzverwaltung mit dem Finanzministerium an der Spitze. Erstens
208 muss die personelle Ausstattung der Finanzverwaltung endlich auf die wachsende
209 Zahl von Unternehmen in Bayern angepasst werden. Zweitens muss der Spielraum der
210 Finanzämter hin zu einer effektiveren Besteuerung multinationaler Unternehmen in
211 Bayern genutzt werden: Überhöhte interne Verschiebungen und überhöhte
212 Lizenzgebühren an ausländische Mutterkonzerne dürfen von den Finanzämtern nicht
213 mehr akzeptiert werden.

214 **EINE ÖKOLOGISCHERE EU: UMWELT UND KLIMA SCHÜTZEN**

215 Wir wollen die EU zum Vorreiter für umwelt- und klimafreundliches Wirtschaften
216 machen und setzen uns ein für eine europäische Klima- und Energieunion mit
217 ambitionierten und verbindlichen Zielen bei erneuerbaren Energien,
218 Emissionsminderung und Energieeinsparung. Es ist gut, dass die EU das Pariser
219 Klimaabkommen ratifiziert hat. Das allein aber reicht nicht aus. Die EU und alle
220 Mitgliedsländer müssen sich weit mehr als bisher im Klimaschutz engagieren. Wir
221 GRÜNE setzen uns dafür ein, den Klimaschutz als zentrales Ziel in den Vertrag
222 der Europäischen Union aufzunehmen. Wir wollen einen europaweiten Ausbau
223 erneuerbarer Energien. Die CSU-Regierung muss zudem alle notwendigen Schritte
224 einleiten, um die Nachhaltigkeitsziele der UN bis 2030 erreichen zu helfen.

225 Wir fordern den europaweiten Ausstieg aus der Atomkraft. Gundremmingen, das
226 älteste deutsche AKW, muss so schnell wie möglich vom Netz.

227 Bayern hat derzeit den Vorsitz der EU-Alpenstrategie inne. Wir erwarten, dass
228 die CSU-Regierung den Schutz der Alpen ernst nimmt und auch den

229 völkerrechtlichen Status der Alpenkonvention respektiert. Der geplante Bau einer
230 Skischaukel am Riedberger Horn verletzt das Völkerrecht und steht im Widerspruch
231 zu einer nachhaltigen Alpenpolitik.

232 Die Europäische Union stützt im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik die
233 Landwirtschaft mit jährlich 59 Milliarden Euro. In Bayern werden davon etwa 1,2
234 Mrd. Euro jährlich ausbezahlt. Trotzdem ist die Agrarpolitik in der Krise. Die
235 Preise sind im Keller, immer mehr Betriebe müssen aufgeben und die
236 gesellschaftlichen Herausforderungen an Umwelt-, Klima-, Natur- und Tierschutz
237 werden nicht erfüllt. Wir fordern, dass öffentliche Mittel an Leistungen für das
238 Gemeinwohl gebunden werden. Wir brauchen eine nachhaltige, ressourcenschonende
239 und tiergerechte Landwirtschaft, die regionale Stärken berücksichtigt und sich
240 auf lokale Verarbeiter und Märkte konzentriert. Diese Ziele erfüllt am besten
241 der ökologische Landbau. Der erweiterte Spielraum zur Förderung umweltgerechter
242 Produktionsweisen muss von der CSU-Regierung voll ausgeschöpft werden.

Begründung

mündlich

Unterstützer*innen

Claudia Roth (KV Augsburg-Stadt); Doris Wagner (KV München-Stadt); Ulrike Gote (KV Bayreuth-Stadt);
Christine Kamm (KV Augsburg-Stadt); Ulli Leiner (KV Oberallgäu); Thomas Gehring (KV Oberallgäu); Volker
Leib (KV München-Land); Stephanie Schuhknecht (KV Augsburg-Stadt); Maximilian Deisenhofer (KV
Günzburg); Doris Kienle (KV Unterallgäu); Elfriede Roth (KV Oberallgäu); Corinna Steiger (KV Memmingen);
Christina Mader (KV Oberallgäu); Hubert Endhardt (KV Ostallgäu); Ruth Meuchelböck (KV Oberallgäu);
Heinrich Bonert (KV Oberallgäu); Christian Schabronath (KV Lindau); Michael Husch (KV Unterallgäu);
Ulrike Hitzler (KV Oberallgäu); Ingrid Fischer (KV Oberallgäu); Klaus Winzek (KV Oberallgäu); Clara Knestel
(KV Ostallgäu-Kaufbeuren); Ursula Schuster (KV Ostallgäu); Martin Sirch (KV Ostallgäu-Kaufbeuren); Marita
Knauer (KV Ostallgäu); Eike Hallitzky (KV Passau-Land)

A11 Bildungshürden abbauen – keine Gebühren für staatliche Fortbildung und Studium

Antragsteller*in: LAG Hochschule - Forschung - Technologie

Beschlussdatum: 12.02.2017

Antragstext

- 1 Der breite Zugang zu Bildung für alle Bevölkerungsschichten ist ein zentrales
- 2 Anliegen der Grünen. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen entsprechend ihrer
- 3 Interessen ihren Bildungsweg gehen können und dabei nicht vom Geldbeutel ihrer
- 4 Eltern abhängig sind oder teure Kredite aufnehmen müssen. Deswegen ist der
- 5 kostenfreie Zugang zu Bildung auch ein wichtiger Punkt im Grünen Verständnis von
- 6 sozialer Gerechtigkeit. Bildungsgebühren haben immer eine auslesende Wirkung und
- 7 benachteiligen jene, die nicht von ihrer Familie finanziell unterstützt werden
- 8 oder die neben ihrer Aus- oder Fortbildung familiäre Verpflichtungen haben und
- 9 zum Beispiel Angehörige pflegen müssen.
- 10 Die bayerischen Grünen fordern deswegen:
 - 11 • Die Abschaffung von Kurs- und Prüfungsgebühren für die Weiterbildung zu
 - 12 staatlich geprüften Fachwirt*innen, Techniker*innen und Meister*innen
 - 13 • Dass es keine Studiengebühren geben darf

Begründung

erfolgt mündlich

TO1 Vorschlag zur Tagesordnung

Antragsteller*in: Landesvorstand

Beschlussdatum: 14.03.2017

Antragstext

- 1 *Beginn: 11 Uhr*
- 2 TOP 1 Eröffnung und Begrüßung
- 3 TOP 2 Politische Debatte
- 4 TOP 3 Abschiebungen nach Afghanistan stoppen!
- 5 TOP 4 Für eine giftfreie Landwirtschaft
- 6 TOP 5 Anträge
- 7 *anschließend kleine Pause*
- 8 *ab 16 Uhr: Start Landtagswahl mit Ideen-Workshops zu den Projekten zum Programm*
- 9 *Ende: 18 Uhr*